



Protokoll

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Mittwoch, 15.05.2013
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:34 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Heider, Ute

stellvertretender Ausschussvorsitzender

Hantelmann, Klaus

Ordentliche Mitglieder

Barkhau, Holger

Ganzauer, Oliver

Gerndt, Reinhard Dr.

Jakob, Thomas

Keye, Bernfried

Vertreter für Herrn KAbg. Krause

Löhr, Norbert

Märtens, Julian

Pink, Maximilian

Rautmann, Dirk

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Perli, Victor

Stimmberechtigte Mitglieder in Schulangelegenheiten gem. § 110 NSchG

Kramer, Peter

Vertretung Lehrerschaft der berufsbildenden Schulen

Pasemann, Volker

Vertretung Lehrerschaft der allgemein bildenden Schulen

Pönisch, Marlies

Vertretung Elternschaft der allgemein bildenden Schulen

Wiechenberg, Dieter

Vertreter der Organisationen der Arbeitnehmerverbände

Casper, Manfred

Vertreter der Organisationen der Arbeitgeberverbände

nicht stimmberechtigte Mitglieder in Sportangelegenheiten

Fahlbusch, Susanne

Gramatte, Konrad

Samel, Marc

Schleier, Peter
Schmidt, Elke

Von der Verwaltung

Wollschläger, Gudrun
Brandt, Martina
Steinbrügge, Christiana
Beddig, Heiko
Vogt, Kornelia

Leiterin des Referates Schule und Sport
Referat Schule und Sport
Kommissarische Dezernentin
Amt 10
Pressesprecherin

Es fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Egel, Christoph

Schülervertreter der allgemeinbildenden Schulen

Ordentliche Mitglieder

Krause, Patrick

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 06.03.2013 (§§ 23, 4d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 15 Abs. 2 GO)
6. IGS Wallstr. - Mensaneubau, mündlicher Sachstandsbericht
7. Einrichtung einer sozialpädagogischen Stelle in der IGS Wallstr.
Vorlage: XVII-0262/2013
8. Schule im Innerstetal in Baddeckenstedt
Haupt- und Realschule Sickte in Sickte
Hier: Prüfung der Möglichkeit der Errichtung von drei- oder vierzügigen Integrierten Gesamtschulen an den o. g. Schulstandorten
Vorlage: XVII-0282/2013
9. Fortsetzung des Programms Profilierung der Hauptschule und der Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen als Daueraufgabe
Vorlage: XVII-0260/2013
10. Einrichtung einer neuen Schulform an der "Carl-Gotthard-Langhans-Schule" - Berufsbildende Schulen des Landkreises Wolfenbüttel - zum 01.08.2013

Vorlage: XVII-0219/2013

- 10.1. Informationen zu Berufsfachschulen im Bereich Altenpflege und vergleichbarer Bildungseinrichtungen
Vorlage: XVII-0245/2013
 - 10.2. Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN
hier: Carl- Gotthard- Langhans- Schule darf Berufsfachschule Altenpflege errichten
Vorlage: XVII-0274/2013
 11. "Werla-Schule" Schladen, Haupt- und Realschule in Schladen
hier: 1. Errichtung einer offenen Ganztagschule
2. Planung und Neubau einer Mensa
Vorlage: XVII-0275/2013
 12. Sportförderung;
Gewährung eines Zuschusses an den Turn- und Sportverein 1900 Sickinge e.V. zur Sanierungsmaßnahme an der Sportanlage am Stadtweg in Sickinge
Vorlage: XVII-0257/2013
 13. Sportförderung;
Gewährung eines Zuschusses für die Durchführung des 147. Bergturnfestes auf dem Elm
Vorlage: XVII-0267/2013
 14. Sportförderung;
Gewährung eines Zuschusses an den Schützenverein Ampleben von 1869 e.V. zur Sanierung der Schießanlage
Vorlage: XVII-0258/2013
 15. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
 16. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Heider eröffnet um 16.03 Uhr die 10. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport des XVII. gewählten Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Heider stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Herr KAbg. Perli beantragt die erneute Beratung über die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe für die Schulentwicklungsplanung, da seine Gruppe „Die Linke“ bislang bei der Benennung der Mitglieder, laut Aussage der Verwaltung, wohl versehentlich mit keinem Sitzplatz berücksichtigt wurde.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Heider schlägt vor, diese Angelegenheit unter Tagesordnungspunkt 15 „Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten“ aufzugreifen.

Anschließend ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Sport ist damit einverstanden, die Tagesordnung um das Thema der „Zusammensetzung der Arbeitsgruppe für die Schulentwicklungsplanung“ zu erweitern und unter Tagesordnungspunkt 15 erneut zu beraten.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Heider stellt die Tagesordnung fest.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 06.03.2013 (§§ 23, 4d GO)

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Heider stellt die Niederschrift über die 9. Sitzung vom 06.03.2013, die allen Kreistagsabgeordneten vorliegt, zur Aussprache.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Heider teilt mit, dass die versehentlich eingetragene Abwesenheit von Herrn Samel bereits in der Anwesenheitsliste des Protokolls der letzten Ausschusssitzung korrigiert wurde.

Herr KAbg. Perli hat eine Anmerkung zu seinem Wortbeitrag auf der 8. Seite des Protokolls der 9. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport. Statt dem dort niedergeschriebenen Wort „Gewissenskonflikt“ solle sein Wortbeitrag in „Interessenskonflikt“ abgeändert werden.

Herr KAbg. Jakob merkt an, dass die entstandene Diskussion und sein Wortbeitrag hinsichtlich der Aussage von Frau Reinhardt, der stellvertretenden Schulleiterin der Carl-Gotthard-Langhans-Schule, auf Seite 8 des Protokolls nicht adäquat wiedergegeben wurde. Frau Reinhardt hat sich durch ihren Wortbeitrag nicht angemessen gegenüber den Mitgliedern des Ausschusses verhalten, hierauf hat Herr KAbg. Jakob in seinem Wortbeitrag reagiert.

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Frau KAbg. Heider reiche es ihm allerdings aus, diese Anmerkung in dem Protokoll aufzunehmen. Von einer Änderung des Protokolls über die 9. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport sehe er ab.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Schule und Sport einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 9. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 06.03.2013 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Herr KAbg. Hantelmann legt schriftlich 3 Anfragen der CDU/FDP-Gruppe vor.

- 1.) Kann der Landkreis sicherstellen oder durch Kontakte zur Landesschulbehörde helfen sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler an der IGS Wallstraße eine 2. Fremdsprache wählen können, wenn sie es möchten?
- 2.) Kann sichergestellt werden, dass auch die gewünschte Fremdsprache erteilt wird?
- 3.) Ist dem Landkreis bekannt, dass für den kommenden 7. Jahrgang die Teilnahme am Fremdsprachenunterricht verlost worden ist?

Frau Schmidt ist Elternvertreterin der IGS Wallstraße und teilt mit, dass am gestrigen Tag über eben diese Thematik bei der Schulvorstandssitzung der IGS gesprochen wurde. Alle Schülerinnen und Schüler, die die IGS Wallstraße besuchen, können eine 2. Fremdsprache (Französisch oder Spanisch) wählen. Da allerdings für den Spanischunterricht nicht ausreichend Lehrerinnen und Lehrer vorhanden seien, könne nur eine Spanischklasse gebildet werden. Es wurde daher nur die Zusammensetzung der Spanischklasse ausgelost.

Antwort der Verwaltung:

Nach dem Erlass des Niedersächsischen Kultusministeriums zur „Arbeit in den Schuljahrgängen 5 bis 10 der Integrierten Gesamtschule (IGS)“ sind in den Schuljahrgängen 7 und 8 die Fächer Arbeit-Wirtschaft-Technik, eine zweite Fremdsprache, Naturwissenschaften und möglichst auch Gesellschaftslehre sowie Fächer des Fachbereichs musisch-kulturelle Bildung als Wahlpflichtunterricht anzubieten.

Die Kinder können somit eine zweite Fremdsprache oder einen anderen Wahlpflichtkurs belegen. In der IGS Wallstr wird als zweite Fremdsprache Spanisch und Französisch angeboten. Nach einem Erlass des Niedersächsischen Kultusministeriums vom 20.05.2010 ist bei einer weiteren angebotenen zweiten Fremdsprache Französisch zu bevorzugen. Dies resultiert aus Verpflichtungen des Deutsch-französischen Freundschaftsvertrages und bedeutet in der Praxis, dass nur 1 Spanisch-Kurs angeboten werden darf. Das Fach Spanisch war im jetzigen 7. Schuljahrgang der IGS Wallstr. überzeichnet (50 Kinder), so dass ein Losverfahren für diesen Kurs (33 Plätze) erforderlich wurde. Alle Kinder, die kein Spanisch belegen konnten, haben die Möglichkeit erhalten, Französisch zu lernen. 63 Kinder des 7. Jahrgangs haben sich für eine zweite Fremdsprache entschieden. Das sind 42 % eines Jahrgangs und entspricht in etwa den Kindern mit Gymnasialempfehlung, die in diesem Jahrgang unterrichtet werden.

Kinder, die sich aus unterschiedlichen Gründen gegen eine zweite Fremdsprache ab Jahrgang 7 entschieden haben, belegen einen Wahlpflichtkurs aus den Bereichen Naturwissenschaften, Kunst / Musik, Technik oder Theater, um nur einige zu nennen.

Für den kommenden Jahrgang 7 besteht nach Auskunft der Schule Bedarf für einen Spanisch- und einen Französisch-Kurs. Alle Kinder dieses Jahrgangs können ohne Durchführung eines Losverfahrens die gewünschte Sprache erlernen.

TOP 6 IGS Wallstr. - Mensaneubau, mündlicher Sachstandsbericht

Herr Beddig gibt einen mündlichen Sachstandsbericht über den Neubau der Mensa in der IGS Wallstraße und legt den Ausschussmitgliedern einen Vorentwurf der küchentechnischen Anlagen (Mensa und Küche) zum besseren Verständnis vor. Der Vorentwurf wird diesem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

Das Gebäude bestehe aus einem großen Speisesaal und der Küche. Die Küche stelle derzeit den Hauptarbeitsbereich dar. Es werde an der Vorbereitung der Be- und Entlüftung, der Kücheneinrichtung und der Stromversorgung gearbeitet. Der Küchenausbau sei notwendig, da das Konzept der IGS Wallstraße eine Frisch- und Mischküche vorsehe.

Hinsichtlich der Vergabe der Aufträge und dem Stand der Bauarbeiten werde derzeit davon ausgegangen, dass der Mensabereich insgesamt nach den Herbstferien fertig gestellt sei.

Die zwischenzeitliche Essensversorgung bis zu den Herbstferien sei sichergestellt.

Herr KAbg. Jakob erfragt, ob eine Übergangslösung dahingehend möglich sei, dass der Essensbereich und der externe Anlieferungsbereich zuerst fertig gestellt werden und anschließend die Arbeiten an dem Kühlbereich vorgenommen werden, um die Räume schnellstmöglich schon nutzen zu können.

Herr Beddig erwidert, dass in Absprache mit der IGS Wallstraße es problematisch sei, die Bereiche einzeln von der Bauaufsicht abnehmen lassen zu können, da vor allem Bereiche wie Lüftung und Brandmeldealarm in beiden Räumlichkeiten vorhanden sein müssen.

TOP 7 Einrichtung einer sozialpädagogischen Stelle in der IGS Wallstr. Vorlage: XVII-0262/2013

Frau Wollschläger erläutert die Vorlage Nr. XVII-0262/2013.

Die Verwaltung habe die Einrichtung einer sozialpädagogischen Stelle an der IGS Wallstraße vorgeschlagen, da die zurzeit dort tätige Sozialarbeiterin einen Umsetzungsantrag zum kommenden Schuljahr gestellt habe. Dies bedeute gleichzeitig, dass die vorhandene Stelle ebenfalls der neuen Schule zugeordnet werde. Nach Rücksprache mit der Landesschulbehörde gehe aus den Erlassen des niedersächsischen Kultusministeriums von 2004 hervor, dass den Regionalabteilungen der Landesschulbehörde bestimmte Stellenanteile sowie deren Finanzierung zugeordnet werden. Innerhalb dieser Stellenanteile werden auch die sozialpädagogischen Stellen besetzt.

Eine Kopie des Erlasses wird diesem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Frau Wollschläger teilt mit, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit dem Beschlussvorschlag, die Sozialarbeit vom 01.08.2013-31.03.2016 zu etablieren, am gestrigen Tage nicht gefolgt sei. Der Projektzeitraum 01.08.2013-31.03.2016 wurde zunächst analog der Sozialarbeit an den Gymnasien und an der IGS Ravensberger

Straße von der Verwaltung vorgeschlagen. Der Ausschuss hingegen empfehle dem Kreisausschuss, die sozialpädagogische Stelle zunächst bis zum 31.07.2014 zu besetzen, in der Hoffnung, dass die neue Landesregierung sozialpädagogische Stellen für offene Ganztagschulen zur Verfügung stellen werde.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Heider eröffnet die Aussprache.

Herr KAbg. Barkhau erfragt, ob nach dem Wegfall der oben genannten sozialpädagogischen Stelle an der IGS Wallstraße überhaupt noch eine sozialpädagogische Stelle vorhanden sei.

Frau Wollschläger entgegnet, das dem nicht so sei. Durch die Schließung der Hauptschule, an der die Sozialarbeiterin zuvor tätig war, konnte die Stelle der IGS Wallstraße übertragen werden. Durch die Umsetzung der Sozialpädagogin zu einer anderen Schule werde ihre Planstelle der neuen Schule zugeordnet.

Herr KAbg. Barkhau sagt, er sei bisher davon ausgegangen, dass es zum Selbstverständnis von integrierten Gesamtschulen gehöre, dass diese immer mit sozialpädagogischen Stellen ausgestattet seien.

Frau Wollschläger antwortet, dass dies nicht der Fall sei. Aus diesem Grunde wurde auch im Rahmen der Schaffung von sozialpädagogischen Stellen für die Gymnasien auch die IGS Ravensberger Straße mit einer befristeten Stelle bis 2016 ausgestattet, da dort ebenfalls keine Stelle seitens des Landes vorhanden war.

Herr Wiechenberg fragt, ob es möglich sei, wenn die neue Landesregierung keine sozialpädagogischen Stellen zur Verfügung stelle, den Projektzeitraum, wie zuvor geplant, bis 2016 zu verlängern.

Frau Steinbrügge entgegnet, dass der Kreistag erneut über diese Beschlussempfehlung abzustimmen habe.

Herr KAbg. Hantelmann führt aus, dass es unstrittig sei, dass eine sozialpädagogische Stelle an der IGS Wallstraße benötigt werde. Da es allerdings fraglich sei, wer für die Finanzierung zuständig sei, hebt er den positiven Vorschlag hervor, die Sozialarbeit zunächst für ein Jahr zu befristen und sich anschließend ggfs. über die Verlängerung Gedanken zu machen.

Herr KAbg. Jakob unterstreicht ebenfalls die Wichtigkeit der Schaffung einer sozialpädagogischen Stelle für die IGS Wallstraße. Er führt an, dass ihn die Stellenvergabe von sozialpädagogischen Stellen ebenfalls etwas irritiert habe. Es sei schwer nachzuvollziehen, dass durch ein Umsetzung die Stelle an der bisherigen Schule wegfallt und plötzlich der Landkreis Wolfenbüttel für die Schaffung einer neuen Stelle zuständig sei.

Herr KAbg. Perli bezieht sich auf die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit und erfragt, ob eine halbe Stelle, die nur für ein Jahr befristet sei, möglicherweise unattraktiv wirke und schwer zu besetzen sein könne.

Frau Steinbrügge teilt mit, dass die Besetzung von kurzfristigen und befristeten Stellen immer eine gewisse Problematik darstelle und es vor allem im sozialen Bereich zunehmend schwerer werde, gutes Personal zu finden. Vorliegend bestehe bereits ein Stellenpool von sozialpädagogischen Kräften an den Schulen, aus dem sich voraussichtlich geeignetes Personal finden lasse. Eine Befristung für 1 Jahr wäre demnach umsetzbar.

Frau Wollschläger ergänzt, dass die Finanzierung der Stelle durch Minderausgaben im Deckungskreis Personalkosten erfolgen würde.

Herr KAbg. Dr. Gerndt schlägt vor dem Hintergrund der Kurzfristigkeit der zu schaffenden Stelle vor, trotz höherer Kosten, die Befristung der Stelle auf 2 Jahre auszuweiten, sie dadurch etwas attraktiver zu gestalten und mehr Perspektive zu schaffen, um qualifiziertes Personal für die angebotene Stelle zu begeistern.

Herr KAbg. Barkhau fragt was passieren würde, wenn die Stelle auf 2 Jahre befristet werden würde und im kommenden Schuljahr die Landesregierung die Gesamtschulen aber mit sozialpädagogischen Stellen ausstatte. Müsse der Landkreis dann trotzdem für das Jahr die Kosten zahlen oder wäre eine Ablösung der Zahlungen durch die Landesschulbehörde möglich.

Frau Steinbrügge antwortet, dass dieses Szenario sicherlich denkbar wäre, aber zum heutigen Zeitpunkt keine verlässliche Aussagen dazu möglich seien.

Herr KAbg. Jakob erfragt weiterhin, ob es möglich sei, die befristete Stelle in eine Langzeitstelle umzuwandeln.

Frau Steinbrügge erklärt, dass dies in der Vergangenheit schon praktiziert wurde.

Herr KAbg. Löhr schließt sich dem Vorschlag einer Befristung der sozialpädagogischen Stelle für 1 Jahr an. Wenn die Notwendigkeit bestehe, wäre eine Verlängerung der Befristung zu gegebener Zeit sicherlich möglich.

Herr KAbg. Barkhau führt ebenfalls an, dass im Hinblick auf Sparsamkeit eine Befristung der Stelle auf ein Jahr mit einer Verlängerungsoption sinnvoll sei.

Herr Kabg. Jakob bittet die Verwaltung die Möglichkeit der Verlängerung der befristeten Stelle gezielt in die Beschlussempfehlung aufzunehmen.

Abschließend ergeht nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt einstimmig mit einer Stimmenthaltung dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:

In der IGS Wallstr. in Wolfenbüttel wird ab dem Schuljahr 2013/2014 Sozialarbeit mit einem Stellenanteil von 0,5 (S 11 TVöD) für den Projektzeitraum 01.08.2013 – 31.07.2014 etabliert. Es besteht die Option, die befristete Stelle zu verlängern, wenn die Landesregierung ab 01.08.2014 keine sozialpädagogischen Stellen für offene Ganztagschulen zur Verfügung stellt.

**TOP 8 Schule im Innerstetal in Baddeckenstedt
Haupt- und Realschule Sickte in Sickte
Hier: Prüfung der Möglichkeit der Errichtung von drei- oder
vierzügigen Integrierten Gesamtschulen an den o. g.
Schulstandorten
Vorlage: XVII-0282/2013**

Frau Wollschläger erläutert die Vorlage Nr. XVII-0282/2013. Die Überprüfung der Möglichkeiten und Voraussetzungen der Errichtung von drei- oder vierzügigen Integrierten

Gesamtschulen an den Schulstandorten der Haupt- und Realschulen in Baddeckenstedt und Sickte habe ergeben, dass an dem Schulstandort Innerstetal in Baddeckenstedt die erforderlichen Schülerzahlen zur Errichtung einer weiteren Gesamtschule in den nächsten 10 Jahren nicht erreicht werden. Voraussetzung für eine Dreizügigkeit wären 72 und für eine Vierzügigkeit 96 Schülerinnen und Schüler (24 Schülerinnen und Schüler pro Klasse). Eine Schülerprognose habe für das Schuljahr 2020/21 allerdings nur 66 potentielle Schülerinnen und Schüler ergeben.

Am Schulstandort Sickte falle die Schülerprognose dagegen positiv aus. Die Schülerzahlen würden für die Errichtung einer dreizügigen IGS ausreichen, ggf. wäre auch eine Vierzügigkeit denkbar. Das Szenario der Vierzügigkeit wurde allerdings nicht weitergehend geprüft, da die vorhandenen Räumlichkeiten für eine dreizügige IGS nur mit Einschränkungen ausreichend seien. Z. B. sei die Mensa nur für die Ausgabe von 90-100 Mahlzeiten dimensioniert. Für eine dreizügige IGS müsste aber eine Ausgabe von 300 Essen ermöglicht werden.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Heider eröffnet die Aussprache.

Herr KAbg. Jakob lobt die Ausführlichkeit der Vorlage und hebt ihren Nutzen für die Arbeit in der interfraktionellen Arbeitsgruppe hervor. Er weist eindringlich auf die Wichtigkeit der Erhaltung des Schulstandortes in Baddeckenstedt hin und hofft auf kreative Ideen im Rahmen der interfraktionellen Arbeitsgruppe. Hier könnten ohne Zwänge Ideen gesammelt werden und auch einmal über die gewöhnlichen „kommunalen Grenzen“ hinausgedacht und diskutiert werden.

Herr Wiechenberg bittet um Erläuterung der Ergebnisse im Bereich Baddeckenstedt, da seines Erachtens die Schülerzahlen für eine Dreizügigkeit gegeben seien.

Frau Brandt erklärt, dass für den Bereich Baddeckenstedt im Schuljahr 2020/21 nur 66 Schülerinnen und Schüler prognostiziert wurden. Somit wurde die vorausgesetzte Schülerzahl in Höhe von 72 nicht erreicht, obwohl bereits von unrealistischen 100 % der Schülerinnen und Schüler im ganzen Bereich Baddeckenstedt ausgegangen wurde. Hinzu käme, dass es undenkbar sei, dass neben der IGS keine Schulformen wie z. B. freie Waldorfschulen oder besondere Bildungsgänge an Privaten Schulen mehr zulässig seien. Es stehe immer noch nicht fest, inwieweit die IGS als ersetzende Schulform gelte.

Herr KAbg. Dr. Gerndt charakterisiert die Drucksache als Auftakt für die Diskussionen und Beratungen im Rahmen der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung. Auch sehe er hinsichtlich des Themas „Regionsbildung“ einen möglichen Gesprächsbedarf mit den Städten Salzgitter und Hildesheim.

Herr KAbg. Perli erfragt, ob eine Errichtung einer IGS in Baddeckenstedt möglicherweise auch für Schülerinnen und Schüler aus den Randlagen der umliegenden Kommunen Hildesheim und Salzgitter interessant wäre.

Herr KAbg. Lühr hält es für sehr unrealistisch, dass sich Schülerinnen und Schüler aus Hildesheim und Salzgitter für den Besuch einer IGS in Baddeckenstedt entschließen würden. Gerade im Hinblick auf die geplante Errichtung einer 2. IGS in Salzgitter-Süd wäre dies recht unvorstellbar. Trotzdem verweist er ebenfalls auf die Wichtigkeit der Erhaltung des Schulstandortes in Baddeckenstedt.

Frau Steinbrügge führt aus, dass die Vorlage selbstverständlich als Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgemeinschaft genutzt werde und auch Gespräche mit den Nachbarkommunen sinnvoll wären.

Herr Wiechenberg erfragt das Vorgehen der Untersuchung der Standorte. Er möchte wissen, warum zunächst die Standorte Sickte und Baddeckenstedt betrachtet wurden und Remlingen nicht in die Betrachtung einbezogen wurde.

Herr KAbg. Jakob antwortet, dass zunächst die beiden Standorte gewählt wurden, da einerseits ein großes Interesse am Erhalt des Schulstandortes in Baddeckenstedt bestehe und andererseits gerade im Bereich Cremlingen und Sickte eine große Schülerzahl nach Braunschweig abwandere. In der Arbeitsgruppe solle aber natürlich über alle Standorte diskutiert werden.

Herr KAbg. Dr. Gerndt fügt hinzu, dass die Betrachtung des Standortes Baddeckenstedt auch vor allem hinsichtlich des langen Schulweges der Schülerinnen und Schüler sehr wichtig sei.

Herr KAbg. Barkhau unterstützt die Aussage von Herrn KAbg. Jakob und betont, dass in der Arbeitsgruppe ein Gesamtkonzept erarbeitet werden solle, in dem alle Standorte untersucht und beraten werden müssen.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Heider stellt zusammenfassend fest, dass kein Schulstandort in den Vordergrund oder in den Hintergrund gerückt sei, sondern lediglich die Schulstandorte Baddeckenstedt und Sickte zuerst untersucht wurden.

Frau Steinbrügge fügt hinzu, dass eine solche Betrachtung für alle anderen Standorte ebenfalls ausgearbeitet werde.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Schule und Sport nimmt das Ergebnis der Prüfung der Möglichkeiten und Voraussetzungen der Errichtung von drei- oder vierzügigen Integrierten Gesamtschulen an den Schulstandorten der Haupt- und Realschulen in Baddeckenstedt und Sickte zur Kenntnis.

TOP 9 Fortsetzung des Programms Profilierung der Hauptschule und der Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen als Daueraufgabe Vorlage: XVII-0260/2013

Frau Steinbrügge teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass die Vorlage Nr. 0260/2013 im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit zurückgestellt wurde. Sie solle im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2014 erneut zur Beratung vorgelegt werden. Dieser Vorschlag würde aus Sicht der Verwaltung mitgetragen, trotzdem wäre eine eigenständige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Sport natürlich möglich.

Frau Wollschläger erläutert anschließend die Vorlage. Zunächst trug das Modellprojekt den Namen „Stärkung der Hauptschule“ im Jahr 2001 und wurde auf Kosten des Landes an vielen niedersächsischen Schulen eingeführt und mehrfach verlängert. Aktuell wurde es umbenannt in „Programm zur Profilierung der Hauptschule und der Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen“ und ist bis 31.12.2014 befristet.

An allen landkreiseigenen Haupt- und Realschulen ist jeweils eine halbe sozialpädagogische Stelle befristet bis zum 31.12.2014 angesiedelt. Pro Haupt- und Realschule erstattet das Land dem Landkreis Wolfenbüttel 26.000 €.

Darüber hinaus wurde eine sozialpädagogische Stelle an der Förderschule am Teichgarten eingesetzt. Die Kosten für diese Stelle wurden zunächst vom Jobcenter im Rahmen der „Verbesserung der beruflichen und sozialen Integration“ übernommen. Ab dem 01.01.2011 wurde die Förderung durch das Jobcenter aufgrund anderer gesetzlicher Bestimmungen eingestellt und wird seither in voller Höhe vom Landkreis Wolfenbüttel übernommen.

Auch seien 2 Sozialarbeiterinnen im Rahmen des Projektes über die Stadt Wolfenbüttel beim Paritätischen Wohlfahrtsverband angestellt, die in der Erich-Kästner-Hauptschule und in der Wilhelm-Raabe-Schule tätig seien. Die Stadt Wolfenbüttel leite die Kostenerstattung des Landes an den Paritätischen Wohlfahrtsverband weiter.

Die Stellen aus dem Übergangsmanagement Schule-Beruf seien in die Linie übergegangen und wurden entfristet.

Die Profilierungskräfte seien teilweise seit 2004 beim Landkreis Wolfenbüttel beschäftigt und haben immer wieder befristete Arbeitsverträge erhalten. Aktuell laufe die Befristung bis zum 31.12.2014. Die Intention der Verwaltung sei es nun, die befristeten Arbeitsverträge in unbefristete Arbeitsverhältnisse umzuwandeln, da sich die Aufgabenbereiche in den Schulen etabliert haben und für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte zu einer konstanten Größe geworden seien.

Herr KAbg. Barkhau hält es nicht für sinnvoll, heute über eine Entfristung zu entscheiden, wenn das Land möglicherweise zukünftig diese Stellen finanziere, zumal die Stellen noch bis Ende 2014 befristet seien. Er schlägt vor, die Entscheidung des Landes hinsichtlich der Übernahme der sozialpädagogischen Stellen abzuwarten.

Frau Steinbrügge führt an, dass der Hintergrund der Vorlage vor allem auch derjenige sei, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Signal für unbefristete Arbeitsverträge zu geben.

Herr KAbg. Lühr sagt, dass es vor dem Hintergrund, dass die Arbeitsverträge noch bis zum 31.12.2014 befristet seien, sinnvoll sei, die Vorlage erneut in die Haushaltesberatungen für 2014 aufzunehmen, zumal in einem halben Jahr möglicherweise bereits neue Regelungen der Landesregierung vorliegen.

Herr KAbg. Jakob hebt die Bedeutung dieser sozialpädagogischen Stellen sowie deren Entfristung nochmals hervor und schließt sich dem Vorschlag von Herrn KAbg. Lühr an.

Frau Wollschläger teilt mit, dass es allerdings denkbar sei, dass eine Äußerung des Landes zur Verlängerung des Programms erst im Jahr 2015 zu erwarten sei.

Abschließend ergeht folgender

Beschluss:

Die Vorlage wird vom Ausschuss für Schule und Sport einstimmig zurückgestellt und wird anlässlich der Beratungen zum Haushalt 2014 erneut vorgelegt.

TOP 10 Einrichtung einer neuen Schulform an der "Carl-Gotthard-Langhans-Schule" - Berufsbildende Schulen des Landkreises Wolfenbüttel - zum 01.08.2013
Vorlage: XVII-0219/2013

TOP 10.1 Informationen zu Berufsfachschulen im Bereich Altenpflege und vergleichbarer Bildungseinrichtungen
Vorlage: XVII-0245/2013

TOP 10.2 Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN
hier: Carl- Gotthard- Langhans- Schule darf Berufsfachschule
Altenpflege errichten
Vorlage: XVII-0274/2013

Frau Steinbrügge informiert die Ausschussmitglieder dahingehend, dass sich die Arbeitsgruppe, die zur kooperativen mittel- und langfristigen Planung einer bedarfsgerechten Altenpflegeausbildung im Landkreis Wolfenbüttel gegründet wurde, erstmals am 23.05.2013 trafe.

Herr KAbg. Hantelmann lobt die Vorlage als konstruktive Grundlage für die Beratungen in der Arbeitsgruppe.

Herr KAbg. Barkhau schließt sich dem Lob von Herrn KAbg. Hantelmann an und stellt weiterhin fest, dass sich durch die Vorlage die Sachlage nicht verändert habe und die Entscheidung des Ausschusses, die Berufsfachschule Altenpflege noch nicht für das kommende Schuljahr zu errichten, nur noch bestätige. Im nächsten Schritt müssen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abgewartet werden.

Herr KAbg. Märtens fügt hinzu, dass in der vergangenen Woche intensive Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Carl-Gotthard-Langhans-Schule sowie mit den betroffenen Jahrgängen geführt wurden, ebenfalls in dem Sinne, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abzuwarten. Frau Großklags von der Carl-Gotthard-Langhans-Schule habe in dem Gespräch versichert, dass im kommenden Schuljahr die geforderten Praxisplätze nachgewiesen werden können.

Herr KAbg. Perli kritisiert die Vorgehensweise, dass der Berufsschule auferlegt werde, die Praxisplätze nachweisen zu müssen. Dies führe zu einer Benachteiligung der Carl-Gotthard-Langhans-Schule gegenüber den privaten Schulen. Zum Verfahren gebe er an, dass der Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKEN & PIRATEN aus der Kreistagssitzung am 22.04.2013 zur Beratung in den Ausschuss zurückgestellt wurde. Der Antrag müsse daher zunächst im Ausschuss und im Kreisausschuss beraten und anschließend im Kreistag beschlossen werden. Es wäre wünschenswert, wenn der Schule konkret in Aussicht gestellt werde, dass eine Errichtung der Berufsfachschule Altenpflege an der Carl-Gotthard-Langhans-Schule ermöglicht werde.

Herr KAbg. Dr. Gerndt bittet darum, schnellstmöglich den Ausschuss von den Ergebnissen der Arbeitsgruppe zu informieren.

Herr Wiechenberg fragt, ob es nicht möglich sei, dass die Arbeitsgruppe schnellstmöglich Ergebnisse liefern könne, dass eine Entscheidung auch schon zu diesem Schuljahr getroffen werden könne.

Frau Steinbrügge entgegnet, dass eine Entscheidung nicht zum kommenden Schuljahr

möglich sei. Im Rahmen der Arbeitsgruppe solle erarbeitet werden, wie die Nachwuchsgewinnung in der Pflege ausgebaut werden könne. Zwar ist die Errichtung der Berufsfachschule Altenpflege der Auslöser für die Gründung der Arbeitsgruppe, aber letztendlich müsse dieses Thema umfassend betrachtet werden.

Herr KAbg. Barkhau gibt an, dass die Politik nach längeren Diskussionen zu dem Ergebnis gekommen sei, dass zum heutigen Tage die Sachlage nicht entscheidungsreif schien und eine Einrichtung der Berufsfachschule zum kommenden Schuljahr aus diesem Grunde nicht möglich sei.

Herr KAbg. Perli erfragt zunächst die Mitglieder der Arbeitsgruppe. Weiterhin bezieht er sich auf die Äußerungen von Frau Steinbrügge, dass die Arbeitsgruppe auch strategisch die Nachwuchsgewinnung in der Pflege als Aufgabe habe. Er möchte wissen, inwieweit es eine Überschneidung bzw. Abgrenzung zwischen den Gremien gäbe, da sich die Zukunftsregion Gesundheit ebenfalls mit dieser Thematik auseinandersetze.

Frau Steinbrügge zählt die Mitglieder der Arbeitsgruppe auf: Die Arbeitsgruppe bestehe aus Vertreterinnen und Vertreter der Diakonie, der Oskar-Kämmer-Schule, der Carl-Gotthard-Langhans-Schule, dem Vorsitzenden der Pflegekonferenz, zwei Vertreterinnen von stationären Altenpflegeeinrichtungen und einer Mitarbeiterin der Arbeitsagentur. Die Arbeitsgruppe solle sich mit der aktuellen Frage der Einrichtung einer Berufsfachschule Altenpflege beschäftigen, darüber hinaus aber auch systematische Lösungen erarbeiten. Es bestehe durchaus eine personelle Verzahnung und ein transparenter Informationsfluss zwischen der Pflegekonferenz und der Zukunftsregion Gesundheit.

Es entsteht eine kurze Diskussion darüber, zu welchem Tagesordnungspunkt bzw. welcher Vorlage am heutigen Tage ein Beschluss oder eine Beschlussempfehlung abzugeben sei.

Frau Steinbrügge und Herr KAbg. Ganzauer stellen klar, dass in der heutigen Sitzung lediglich eine Beschlussempfehlung zu dem Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKEN & PIRATEN aus der Kreistagssitzung am 22.04.2013 vom Ausschuss für Schule und Sport abgegeben werden könne. Der Antrag werde dann im Kreisausschuss beraten und anschließend im Kreistag beschlossen. Die Vorlagen zu Tagesordnungspunkt 10 und 10.1 wurden nur zum besseren Verständnis aufgeführt.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Kreisausschuss mit 13 Gegenstimmen, 2 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:

Der Kreistag wird gebeten, den Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE & PIRATEN, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVII- 0274/2013 ergibt, vom 16. April 2013 abzulehnen.

**TOP 11 "Werla-Schule" Schladen, Haupt- und Realschule in Schladen
hier: 1. Errichtung einer offenen Ganztagschule
2. Planung und Neubau einer Mensa
Vorlage: XVII-0275/2013**

Frau Wollschläger erläutert die Vorlage Nr. XVII-0275/2013 ausführlich. Im Rahmen der Vorlage schlage die Verwaltung vor, der Errichtung einer offenen Ganztagschule an der „Werla-Schule“ in Schladen zum Schuljahr 2013/14 zuzustimmen.

Um den Betrieb der offenen Ganztagschule aufnehmen zu können müsse weiterhin eine Übergangslösung für die Mensa und evtl. andere erforderliche Räume gefunden werden.

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit wurden zu dieser Vorlage noch 2 Prüfaufträge an die Verwaltung gestellt:

1. Inwieweit kann das Essen von der ansässigen Grotjahn-Stiftung geliefert werden?
2. Kann das Essen auch in den Räumlichkeiten der Feuerwehrtechnischen Zentrale eingenommen werden?

Die Entscheidung über die Punkte 2 und 3 der Beschlussempfehlung wurde bis zur Beantwortung der Prüfaufträge zurückgestellt.

Frau Wollschläger führt aus, welche Erkenntnisse sich bereits hinsichtlich der Mittagsverpflegung ergeben haben. Die „Werla-Schule“ habe Probeessen unter Beteiligung von Lehrern, Eltern und Schülerinnen und Schülern bei 7 Anbietern durchgeführt. Die Grotjahn-Stiftung wurde zuvor ebenfalls angefragt, musste den Auftrag aber aufgrund von Kapazitätsengpässen ablehnen. Anhand eines Bewertungsbogens habe sich die Schule für den Anbieter Buscopella entschieden. Der Anbieter Buscopella beliebere bereits die IGS in Helmstedt und biete eine Mahlzeit für 2,80 € an, wobei das Essen warm angeliefert werden solle. Eine Abholung des schmutzigen Geschirrs würde der Anbieter für ein Entgelt in Höhe von 5,00 € pro Schülerin und Schüler in einem Monat ebenfalls durchführen. Die Schule gehe momentan von ca. 70-90 Mittagessen zu Beginn aus. Die Abholung würde demnach 450,00 € (90 Essen x 5,00 €) monatlich an zusätzlichen Kosten bedeuten. Die Ausgabekräfte müssten in jedem Fall, egal ob eine Übergangslösung in Containern oder der Feuerwehrtechnischen Zentrale angestrebt werde, vom Landkreis gestellt werden. Die Kosten für 2 Kräfte á 3 Stunden an 3 Tagen wurden jährlich auf runde 15.400,00 € kalkuliert und bereits im Haushaltsplan 2013 unter den kalkulierten Kosten für schulische Ganztagsangebote (Haushaltsstelle: 2160300000.4019000) berücksichtigt.

Zu dem oben genannten Prüfauftrag Nr. 2, ob das Essen evtl. auch in der Feuerwehrtechnischen Zentrale eingenommen werden könne, soll am 16.05 2013 eine Ortsbesichtigung durchgeführt werden. Auch sollen mögliche Umbaukosten geprüft werden.

Herr KAbg. Jakob begrüßt zunächst die Errichtung einer offenen Ganztagschule an der „Werla-Schule“ in Schladen und spricht sich gleichzeitig positiv für die Übergangslösung durch Container aus, vor allem auch vor dem Hintergrund, das Mittagessen schulortnah anbieten zu können.

Er erfragt, ob es sich bei der vorgesehenen Küche lediglich um einen Ausgaberaum der Mahlzeiten handele. Dies wird von Frau Wollschläger bejaht.

Weiterhin fragt er, ob es richtig sei, dass der Landkreis Wolfenbüttel, vorausgesetzt das Essen werde warm angeliefert und das benutzte Geschirr werde nicht von dem Anbieter wieder abgeholt, entsprechende Reinigungsmöglichkeiten vorzuhalten habe.

Frau Wollschläger entgegnet, dass dem so sei. Entsprechende Reinigungsmöglichkeiten wären in den Containern allerdings schon enthalten. Sollte die Essensversorgung aber in der Feuerwehrtechnischen Zentrale stattfinden, wäre eine Abholung des Geschirrs durch den Anbieter nötig.

Herr KAbg. Märtens begrüßt ebenfalls den Vorschlag der Errichtung einer offenen Ganztagschule. Er persönlich könne auch einem sofortigen Neubau einer Mensa zustimmen, wolle jedoch der Schulentwicklungsplanung nicht vorgreifen. Er gibt an, dass die Feuerwehrtechnische Zentrale direkt neben der Schule liege. Er halte es für sinnvoll, zunächst die Ortsbesichtigung und die Vorlage aller Informationen und Daten abzuwarten und die Beschlussempfehlung zu 2. und 3. in den Kreisausschuss zu geben.

Herr KAbg. Hantelmann spricht sich ebenfalls positiv zur Errichtung der Ganztagschule aus, kritisiert aber, dass das Essen warm angeliefert werden soll. Er schließt sich dem Vorschlag an, über Punkt 1 der Vorlage eine Beschlussempfehlung abzugeben und die Punkte 2 und 3 zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurück zu geben und letztendlich im Kreisausschuss eine Entscheidung zu treffen.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Heider übergibt das Wort an den Schulleiter der „Werla Schule“ Herrn Marken.

Herr Marken zeigt Verständnis dafür, dass eine sofortige Entscheidung über den Mensa-Neubau nicht getroffen werden kann. Dennoch weist er darauf hin, dass nach den Sommerferien der Ganztags-schulbetrieb aufgenommen werden soll und es noch einige Unklarheiten u. a. hinsichtlich der Schülerbeförderung und der Nutzung einer weit entfernten Bushaltestelle gäbe. Auch wäre die Aufsichtspflicht zu klären, sollten die Schülerinnen und Schüler vorübergehend die Mittagsversorgung in der Feuerwehrtechnischen Zentrale nutzen und somit das Schulgelände verlassen müssen.

Frau Steinbrügge antwortet, dass die Fragestellung, ob die Schülerinnen und Schüler das Schulgelände verlassen müssen, um zu der Feuerwehrtechnischen Zentrale zu gelangen, ebenfalls bei dem morgigen Ortstermin thematisiert werden solle. Nach Aussage der Gebäudewirtschaft gäbe es die Möglichkeit, einen direkten Verbindungsweg zu nutzen. Sie versichert Herrn Marken, dass seine Bedenken aufgenommen werden und nach einer Lösung gesucht werde. Die Verwaltung sehe sich in der Pflicht, zum Beginn des Schuljahres eine Lösung bereitstellen zu können.

Die ausstehenden Informationen für die Entscheidung über die Punkte 2 und 3 der Vorlage sollen daher bis zur Kreisausschusssitzung am 10.06.2013 vorgelegt werden.

Frau Wollschläger beantwortet die Frage von Herrn Marken bezüglich der Schülerbeförderung dahingehend, dass der Landkreis zurzeit Gespräche mit den Verkehrsbetrieben Bachstein führe und die Schülerbeförderung nach dem Ganztagsunterricht der „Werla Schule“ grundsätzlich durch den ÖPNV (Öffentlichen Personennahverkehr) abgedeckt werden könne. Es werde momentan noch geprüft, ob zusätzliche Fahrten notwendig seien. Die Kosten hierfür werden auf ca. 10.000,00 € geschätzt. Die Verhandlungen hinsichtlich der Bushaltestelle seien noch nicht abgeschlossen.

Herr KAbg. Perli bittet die Verwaltung, der Schule eindeutig zu signalisieren, dass die bestehenden Probleme bis zum Schuljahresbeginn gelöst sein werden.

Frau Steinbrügge macht deutlich, dass der Landkreis Wolfenbüttel es als seine Aufgabe verstehe, Lösungen für die offenen Fragen zu finden.

Abschließend ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:

1. Der Errichtung einer offenen Ganztagschule an der „Werla-Schule“ Schladen zum Schuljahr 2013/14 wird zugestimmt.

Die Beschlussempfehlung zu den Punkten 2 und 3 der Vorlage Nr. XVII-0275/2013 verweist der Ausschuss für Schule und Sport zur Beratung in die Fraktionen und überlässt es dem Kreisausschuss, eine Beschlussempfehlung für den Kreistag abzugeben.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob das Essen auch in den Räumlichkeiten der Feuerwehrtechnischen Zentrale eingenommen werden kann.

Informationen der Verwaltung:

Am 16.05.2013 hat ein Ortstermin in der „Werla-Schule“ in Schladen stattgefunden. Es wurde geprüft ob alternative Lösungen zur Aufstellung von Containern für den Mensabetrieb denkbar sind. Die Örtlichkeiten in der Feuerwehrtechnischen Zentrale und dem vorhandenen Sportheim des MTV Schladen wären nur mit erheblichen Einschränkungen für eine Essensausgabe nutzbar. Es wurde jedoch festgestellt, dass in der „Werla-Schule“ ein Teil der Pausenhalle für den Essensbetrieb abgeteilt werden kann. Die Essensausgabe könnte in der angrenzenden Cafeteria erfolgen. Die Tische und Stühle könnten möglicherweise außerhalb der Essenszeiten für Hausaufgaben usw. genutzt werden.

Die Gebäudewirtschaft erstellt für diesen multifunktionalen Raum entsprechende Baupläne und ermittelt die entstehenden Kosten. Die weiteren Umsetzungsschritte sollen am 30.05.2013 vor Ort besprochen werden, um rechtzeitig zur Sitzung des Kreisausschusses am 10.06.2013 weitere Informationen bereitstellen zu können.

TOP 12 Sportförderung; Gewährung eines Zuschusses an den Turn- und Sportverein 1900 Sicke e.V. zur Sanierungsmaßnahme an der Sportanlage am Stadtweg in Sicke Vorlage: XVII-0257/2013

Frau Wollschläger erläutert die Vorlage Nr. XVII-0257/2013. Der Zuschuss sei notwendig, da an der Fassade des Sportheims durch eindringende Feuchtigkeit Schäden eingetreten seien. Die Feuchtigkeit sei bereits ins Innere des Sportheims vorgedrungen.

Es ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Turn- und Sportverein 1900 Sickinge e.V. wird zur Sanierungsmaßnahme an der Sportanlage am Stadtweg in Sickinge ein Zuschuss in Höhe von 5.773,00 € gewährt.

**TOP 13 Sportförderung;
Gewährung eines Zuschusses für die Durchführung des 147.
Bergturnfestes auf dem Elm
Vorlage: XVII-0267/2013**

Frau Wollschläger erläutert die Vorlage Nr. XVII- 0267/2013.

Es ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Förderverein Elm-Bergturnfest e.V. wird für die Durchführung des 147. Bergturnfestes auf dem Elm ein Zuschuss in Höhe von 500,00 € gewährt.

**TOP 14 Sportförderung;
Gewährung eines Zuschusses an den Schützenverein Ampleben von
1869 e.V. zur Sanierung der Schießanlage
Vorlage: XVII-0258/2013**

Frau Wollschläger erläutert die Vorlage Nr. XVII-0258/2013.

Es ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Schützenverein Ampleben von 1869 e.V. wird zur Sanierung der Schießanlage ein Zuschuss in Höhe von 4.222,00 € gewährt.

**TOP 15 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§
85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)**

Frau Steinbrügge greift das Thema „Zusammensetzung der Arbeitsgruppe für die Schulentwicklungsplanung“ auf. Es wurde zuvor unter Tagesordnungspunkt 5 auf Wunsch von Herrn KAbg. Perli beschlossen, die Thematik erneut unter diesem Tagesordnungspunkt zu beraten.

Frau Steinbrügge zählt die momentane Besetzung der Arbeitsgruppe auf. Diese umfasse zurzeit folgende 21 Personen:

- 4 Mitglieder der Gruppe CDU und FDP*
- 5 Mitglieder der SPD-Fraktion*
- 2 Mitglieder der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion*
- 1 Schulleiter/Schulleiterin eines Gymnasiums aus Wolfenbüttel (noch nicht benannt)*
- 1 Schulleiter/Schulleiterin der Haupt- und Realschulen (Herr Tacke und als Vertreter Herr Marken)*
- 1 Schulleiterin der integrierten Gesamtschulen (Frau Miede)*
- 1 Vertreter/in des Kreiselterrates (noch nicht benannt)*
- 1 Vertreter/in der Kreisschülervertretung (noch nicht benannt)*
- 1 Vertreter/in der Hauptverwaltungsbeamten/in (Frau Bollmeier und Herr Range und als Vertreterinnen und Vertreter Frau Naumann und Herr Memmert)*
- 1 Vertreter/in der Stadt Wolfenbüttel (noch nicht benannt)*

Am 24.04.2013 wurde die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe auch in einer Dienstbesprechung mit den Schulleiterinnen und Schulleitern der Schulen im Landkreis Wolfenbüttel thematisiert. Es wurde der Wunsch geäußert, vor allem auch im Hinblick auf die Veränderungen durch die Inklusion, ebenfalls eine Schulleiterin der Förderschulen in die Arbeitsgruppe einzubeziehen.

Frau Wollschläger ergänzt, dass es neue Entwicklungen hinsichtlich der Inklusion durch die neue Landesregierung gäbe. In den Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen und dem Schwerpunkt Sprache werden ab dem Schuljahr 2014/15 aufsteigend mit dem 5. Schuljahr keine Schülerinnen und Schüler mehr aufgenommen. Für den Schwerpunkt Sprache gelte dies auch für den 1. Schuljahrgang. Dieser Umstand habe auch erhebliche Auswirkungen auf die anderen Schulformen.

Herr KAbg. Perli nimmt seine Äußerung aus einem vorangegangenen Tagsordnungspunkt auf, dass es sich momentan nicht um eine interfraktionelle Zusammensetzung der Arbeitsgruppe handele, da seine Gruppe DIE LINKE & PIRATEN bisher noch mit keinem Platz berücksichtigt wurden.

Frau Steinbrügge weist darauf hin, dass für die Besetzung der Arbeitsgruppe ein Sitzverteilungsverfahren nach Hare-Niemeyer nicht zwingend nötig sei.

Herr KAbg. Barkhau macht deutlich, dass er es für sehr sinnvoll halte alle Fraktionen und Gruppen, die auch im Kreistag vertreten sind, in die Arbeitsgruppe einzubeziehen und somit einen Sitz für die Gruppe DIE LINKE & PIRATEN einzurichten. Schulentwicklung solle gemeinsam betrieben werden. Ebenfalls spricht er sich positiv für die Einbeziehung der Förderschulen aus, da gerade in dem Bereich durch die Inklusion große Veränderungen anstehen und man auf die Kompetenz der Fachleute angewiesen sei.

Frau Steinbrügge schlägt zusammenfassend vor, dass die Arbeitsgruppe jeweils um einen Vertreter der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN und der Schulleiterinnen der Förderschulen ergänzt werde. So bleibe trotzdem eine ungerade Personenanzahl (23) hinsichtlich möglicher Mehrheitsentscheidungen in der Arbeitsgruppe erhalten.

Herr Casper verlässt um 17.30 Uhr den Sitzungssaal.

Herr KAbg. Ganzauer stellt fest, dass in der heutigen Ausschusssitzung nur eine Beschlussempfehlung für die Zusammensetzung abgegeben werden könne.

Herr KAbg. Hantelmann schließt sich dem Vorschlag von Herrn KAbg. Barkhau, hinsichtlich der Erweiterung der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe durch eine Vertreterin der Förderschulen und einen Vertreter/in der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, an.

Es ergeht anschließend folgende

Beschlussempfehlung

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung wird jeweils um einen Vertreter der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN sowie eine Schulleiterin der Förderschulen aus dem Landkreis Wolfenbüttel ergänzt.

TOP 16 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

Die Ausschussvorsitzende Frau KAbg. Heider schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet alle anwesenden Zuschauer und die Presse den Sitzungssaal für den nichtöffentlichen Teil zu verlassen.

Vorsitzender

Protokollführerin